

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

Freitag, 25. Januar 1907.

Die Zeitung erscheint wöchentlich außer an den Feiertagen. Preis 10 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 3 Pf. 10 Pf. pro Jahr. Ausland 12 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 4 Pf. 12 Pf. pro Jahr. Die Redaktion ist in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, hinterhaus. Telefon 158. Redaktions-Telephon 172. Eng. Gr. Brauhausstr. 5. Schriftleitung: Dr. Walter Wechsungen in Halle a. S.

Zu den Reichstagswahlen.

Sozialdemokratie und Beamtenchaft.

Von der Sozialdemokratie wird ein Flugblatt verbreitet, das sich an die unteren Reichs- und Staatsbeamten wendet. Wie verlogen das Wagnis ist, zeigen die bemängelten Klagen in allen Tonarten über die unerbittlichen Leiden und Wüte der Beamtenchaft in Deutschland. Ihre Mitglieder seien, "kurz gesagt", rechtlos, schlecht bezahlt und übel behandelt. Hierzu bemerkt die "Korrb." d. A. G.:

Der Beamte weiß, daß sein Verhältnis zu dem Vorgesetzten aus Zeiten der dem Untergebenen und Wohlwollen bei dem Korrektesten getragen ist. Während in Wirklichkeit die Regierung nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel stets bereit gewesen ist, die berechtigten Wünsche der Beamtenchaft zu erfüllen, wagt das Flugblatt die Behauptung aufzustellen, daß die Regierung die Gehälter künstlich herabsetze, eine "große Ueberbürdung" herbeizuführen und zugleich Privatindustrie und Gewerbebetriebe vor der Konkurrenz höherer Entlohnung der Staatsangestellten zu schützen. Die Gehaltspolitik der Regierung, wie sie sich tatsächlich gestaltet hat, beweist das gerade Gegenteil von dem, was das Flugblatt behauptet. Ein hartes Stück ist es, daß solche Behauptungen von einer Partei vorgebracht werden, deren Vertreter im Reichstage durch Ablehnung des Etats der Regierung überhaupt alle Mittel verweigern. Wenn es nach dem Willen der Sozialdemokratie ginge, so müßte die Auszahlung der Gehälter eingestellt werden.

Das meistenten fast das Flugblatt den Einwand zu erheben, als sei die nicht freie Anstellung der Beamten eine unzulässige Eigenartigkeit. Wie es mit der Wahrheit bei dieser Behauptung gleichwie bei den übrigen Verwendungen des wirtlichen Lebensverhältnisses bestellt ist, wird durch einige Hinweise auf die preussische Eisenbahnverwaltung — bestimmt die größte Betriebsverwaltung — der eigenen Welt — festgestellt.

Die feste Besoldung für die unteren Beamten und Arbeiter ist geradezu eines der glänzendsten Kapitel der preussischen Eisenbahnverwaltung. Das Dienstpersonal der preussischen Eisenbahnverwaltung hat im Jahre 1906 auf rund 11000 Köpfe betragen. Im Jahre 1907 auf rund 12000 Köpfe, deren Besoldung aber um 30 Proz. gestiegen. Die Verwaltung hat ungemein viel getan, damit das Dienstpersonal in feste etatsmäßige Stellen eintritt. So befinden sich im Etat 1906 allein 8881 neue Stellen im Eisenbahndienst. Während vor zehn Jahren nur 845 Prozent aller höheren und mittleren Beamten etatsmäßig wurden, sind es seit dem Etat für 1906 bereits 884 Prozent. Für ihr reiches Arbeiterkorps von rund 250 000 Köpfen hat die preussische Eisenbahnverwaltung in humanster und weitestgehender Weise vorgesorgt.

In der Wohnhöhe hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre eine fröhliche Besserung vollzogen. Die Wäme sind denen der besten Privatwohnungen anzuwenden, außerdem aber genießen die Eisenbahnarbeiter eine ganze Reihe von besonderen Vorteilen, die jeder Beamte und Arbeiter kennt. Einen erneuten überzeugenden Ausdruck hat diese Fürsorge im Etat für 1907 gefunden, indem zur Ausbesserung von Häusern für jährlich 20 Millionen Mark der Etat durch Einräumung neuer erheblicher Mittel getan hat, was irgend in seinen Kräften stand.

Eine Fälligkeit ist es, wenn behauptet wird, "im Tone der Verdammnis" habe der Reichstangler "untergeordnete Beamte" gebrandmarkt, die sich bei rausgeschmissenen Häuten, gegen Schandblatten der höheren und höchsten Beamten zu protestieren. In Wahrheit ist hier Willkür ohne Grenzen der Herren der Stellung oder des Ranges gegen alle eingeschränkt, gegen die begründet erscheinende Anlagen vorliegen. Gerade im Interesse der Gefährdung unterer im allgemeinen trotz der Willkür der Sozialdemokratie heute wie ebend unzulässigen Beamtenchaft war es notwendig, Sündenböcke anzuhängen, um ihnen die Schuld zu geben.

Eine fernere Fälligkeit ist die Behauptung, die die im preussischen Etat vorgezeichneten Zenerungsanlagen der Bahnhöfe einer banalen Regierung erprobt seien. In Wahrheit waren diese Anlagen schon vor dem 13. Dezember beschlossen. Das auch über Anlagen für Arbeitskräfte erörterungen vor der Fälligkeit des Reichstages vorgekommen, ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den Erklärungen, die der Staatssekretär Graf Polakowski am Tage vor der entscheidenden Sitzung im Laufe abgegeben hat.

In alle unteren und mittleren Beamten wird die Aufzucht der Sozialdemokratie, für die sozialdemokratische Partei einzutreten. Die Sozialdemokratie befinde sich, wie das Flugblatt behauptet, "das heutige Verhältnissen bis zur Verzweiflung", was aber an die Stelle dieses Systems und der heutigen Gesellschaftsordnung setzen will, darüber gleitet sie leicht hinweg. Sie verweigert, daß ihr System, wie es sich heute schon überall da, wo sie die Macht hat, offenbart, auf die Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit, auf die Ausschließung jedes Privatbesitzes, auf die Vernichtung der Religion, die Vernichtung aller Familienbande hinausläuft. Wir sprechen keinen Augenblick, daß unsere Beamtenchaft die rechte Antwort auf diese Herausforderung dadurch geben wird, daß sie an den heutigen Wahltagen Mann für Mann an die Urnen schreitet und durch ihre Stimmabgabe im Verein mit den übrigen rationalen, gesunden, fortschrittlichen, durchdringenden, vaterlandsehrlichen Sozialdemokratie bewirkt.

Beifällige Wahrheiten.

Zu den Beifälligen Beifälligkeiten gegen den Hauptmann Dominik schreibt der Überbismarckmüller A. D. Zimmermann, welcher den Oberleutnant Dominik auf fast allen Expeditionen in den Jahren 1894 bis 1902 begleitet hat, folgendes:

In den Gefechten, die ich unter Oberleutnant Dominik mitgemacht habe, ist ein Gefecht von 50 Raketen in den Saragen an den Nachhalm-Schnellen nicht voranommen, ich habe auch in

America nie etwas davon gehört, in Deutschland erst durch die Reichstagsverhandlungen; das kann ich mit einem Eide bezeugen.

Ich bemerke, daß ich zu dieser Tat nicht einmal die schwarzen Soldaten der Kameruner Schuttruppe für fähig halte, noch viel weniger aber den Hauptmann Dominik. Die Truppe wurde oft erkrankt, in Gefechten Männer und Frauen zu töten.

Diese Anschuldigungen können nur von einer Person stammen, welche die Kamone Kamerun gar nicht oder nur sehr oberflächlich und schlecht kennt, denn an den Nachhalm-Schnellen liegen gar keine Raketenbatterien, und die dort anwesenden Patrouillen und Bataillons haben sich meines Wissens der Regierung stets gefolgt gezeigt, mich haben dort keine Gefechte stattgefunden.

Nationale Wähler!

Wählt! Wählt! Wählt!

Wer seiner Wahlpflicht nicht nachkommt, verflucht sich am Vaterland!

Verachtet auch nicht die Abgabe der Stimme bis auf die letzte Stunde, sondern geht so zeitig wie möglich zur Wahlurne. In den letzten Stunden pflegen die roten „Genossen“ die Wahllokale zu belagern und den Wahlgang zu erschweren.

Wählt also bis spätestens nachmittags 4 Uhr!

Die nationale Sache muß siegen und sie wird es, wenn alle nationalen Wähler ihre Pflicht tun. Darum: Wählt! Wählt! Wählt!

Deutsches Reid.

Halle a. S., den 25. Januar.

* Zenerungszuschüsse.

In Würdigung der gegenwärtig an vielen Orten bestehenden Zenerungsverhältnisse sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirektionen beauftragt worden, Mittel zur Bewilligung von Unterstützungen an bedürftige Hilfsbedientete und Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Bei der Verteilung der Mittel, die ungefähr in die Höhe zu setzen ist, sollen insbesondere Bedientete mit funderreicher Familie und solche berücksichtigt werden, die infolge von Krankheiten usw. einer außerordentlichen Beihilfe bedürfen. Die den einzelnen Eisenbahndirektionen zur Verfügung gestellten Mittel belaufen sich auf 10 000—60 000 Mk. Insgesamt soll 1/2 Million Mark für diesen Zweck sofort und zum Beginn des nächsten Jahres weiter 1/2 Million Mark angewendet werden.

In der Sitzung des Bundesrates am 24. cr. fand der Ausschussbericht über den Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die anderweitige Festlegung der Gebühren für die Unterdrückung des in das Zollland eingehenden Reiches Zustimmung.

* Prinz und Prinzessin Heinrich haben die für Freitag nachmittags angelegte Reise nach Berlin zur Feier des Geburtsstages Seiner Majestät des Kaisers aufgegeben, da Prinz Heinrich noch nicht frei ist von den Folgeerscheinungen seiner Erkrankung an Influenza.

* Admiralbesucher Fernburg ist Donnerstag mit dem Großherzog von Baden in Ludwig empfangen worden. Um 1 Uhr nach im Rautenher Schloss zu Ehren des Admiralbesuchers Tafel statt, an der auch der Großherzog, die Erbprinzessin und die Minister Freier Marschall von Bieberstein und Sonst teilnahmen.

von Wariens in Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Das in Berlin eingeflossene händige Mitglied des russischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten von Wariens wurde Mittwoch nachmittags vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschiratsch empfangen.

* Stapellager. Auf der Germaniastraße in Kiel lief gestern das mit 2000 Mann ausgerüstete Torpedoboot „G 151“ glücklich vom Stapel. Das Boot hat eine Wasserdrängung von 570 Tonnen.

* Die „Polener Erbschaftsaffäre“. Der „Diogenes Verfall“ schreibt unter anderem: Am 18. Januar „Eloso Rofkie“ und im Warfauer „Goniec“ sei bemerkt worden, daß von der Regierung an den Bischof Dr. Dismowski herangeraten worden sei mit dem Verstande, seine Kandidatur auf den erzbischoflichen Stuhl würde abgelehnt werden, falls er den Stuhl nicht zu werden in der Lage wäre und sich der weiteren Einführung des deutschen Religions-Ministeriums in den Bischofsstuhl der Erbschaft nicht widerlegen wollte. Die letzte Nummer des „Warfauer „Goniec““ weise folgendes Telegramm auf: „Wofen, 18. Januar. Bischof Dismowski hat den Dekan empfohlen, dafür zu sorgen, daß Dr. Schulz nicht beendigt werde.“ — Die Nachricht ist zu fälschen, um ernsthaft diskutiert zu werden.

* Polnischer Schulstreik. Die Gnesener Strafkammer verhandelte am 24. cr. über einen aus dem polnischen Schulstreik hervorgegangenen Prozeß. Prozeß Nr. 1010/06 wurde auf Grund der Verurteilung 110 und 130a wegen Aufzucht von Ungehörigen, begangen durch eine Predigt in der Michaelskirche in Gnesen und durch in der Sakristei erfolgte Verteilung von auf den Schulstreik bezüglichen Zetteln, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden verurteilt Drechsler Werbinski und Töpfer Pafkowiak je zu 100 Mark und zwei Frauen zu je 50 Mark Geldstrafe.

* Die Gelben-Gelbe der Rosa Luxemburg. Genoffin Rosa Luxemburg teilt dem „Vorwärts“ mit, daß die Angelegenheit, wegen welcher sie in Haft genommen worden war, am 10. d. M. vor dem Kriegsgericht verhandelt worden sei. Im Mitangelegenheit sei wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu wegen der Ehre und Lebensfähigkeit die Angelegenheit verurteilt worden. Von einem gegen sie selbst ergangenen Urteil, das auf 15 Jahre Zwangsarbeit lauten sollte, sei ihr vom Kriegsgericht keine offizielle Mitteilung gemacht worden; deshalb sei sie nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob die betreffende Angelegenheit noch über sich sei. — Gonderbar! Feht sonderbar! Rosa Luxemburg brüht sich nicht gegen unbestimmte aus. Und wir treten ihr schließlich zu nahe, wenn wir bei der Annahme glauben, daß sie die Zeit, wo der „Vorwärts“ sie als Gelbin und Wirtin feierte, bereits daran arbeitete, sich dem drohenden Gefährd durch eine ehrenvolle Flucht zu entziehen. Möglich auch, daß man ihrem Verbleiben nichts den Weg gelockt hat. Denn Deutschland war nicht ebenfalls nicht der gewinnliche Teil.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Das österreichische Verordnungs-

nam das Gesetz über den Schutz der Wahlfreiheit an und ebenso das Gesetz über die Verträge in Staatsverträgen. — Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm das Herrenhaus die die Verträge betreffend die Regelung der Verhältnisse der staatliche Lehrpersonen an. Esodann wurde eine Resolution angenommen, in der die Reg. u. a. aufgeführt wird, mit Rücksicht auf die Zenerungsverhältnisse für eine entsprechende Aufbesserung der Gehälter der Offiziere und Beamten in der gemeinsamen Armee und der Landwehr zu sorgen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus

hat das Gesetz betr. die Verlegung der Militärkassen und -Bäfen angenommen.

Justizminister Polonyi hat den Staatsanwalt beantragt, gegen den Abgeordneten Engel ein Prozeß wegen Verleumdung anzuklagen.

Frankreich.

Bei der Inventuraufnahme

in der Basilika Sainte Anne d'Auxan in Cannes kam es zu einem Tumult und dem Verbleiben der Angelegenheiten. Die Verhandlungen wurden bestimmt, ein Sicherheitsvermerk zu geben. Mehrere Verletzte wurden verletzt. Der Sturm, welcher sich in den Glockenturm schloß, wurde daraus betrieben. Die Türen der Kirche wurden getrennt. Hierauf ging man an die Inventuraufnahme. Die Verhandlungen übernahmen in der Kirche.

Spanien.

Demission des Kabinetts.

Das Kabinet hat am Donnerstag seine Demission gegeben. — Der König ernannte den bisherigen Ministerpräsidenten Sago de Armas als ihm Leiter von dem Ministerium des Kabinetts. Die Mitteilung machte, im Anse zu bleiben. Sago de Armas empfand den König jedoch, bevor er sich über sein Verbleiben im Amt entscheiden, mit den gegenwärtigen und den früheren Kammer- und Senatspräsidenten, sowie den früheren Ministerpräsidenten, und zwar sowohl den liberalen wie den konservativen, in die Lage zu besprechen.

Ausland.

Ein kaiserlicher Ulaß

regelt die Befugnisse des neu ernannten Marine-Ministers Admirals Tovey und dessen Befugnisse. Der Marine-Minister ist Chef der Flotte und der Verwaltung der Marine, und auch des Schiffsbaus. Sein Befehl erhält die Rechte des ehemaligen Befehlshabers des Marine-Ministeriums.

Afrika.

Aus Marokko.

Ueber die Verfolgung des Raib Jellal werden folgende Einzelheiten gemeldet. Die Bahalla Brach am Morgen auf, verbrannte mehrere Dörfer und wurde von der ersten Abteilung der Demitaur angehalten. Sie zwang diese jedoch durch Geschütze, ihre Stellung aufzugeben und umginge sie dann, wobei 15 Gefangene gemacht wurden. Die Bahalla ließ sich nochmals auf zwei Stunden überlassen, worauf ein anderer Dörfer, nämlich den El Ghemti, dem Bruder des Raib Jellal, besetzt wurde. El Ghemti wurde verwundet und eiligst weggeführt. Die Bahalla hatte zwei Tote und mehrere Verwundete, der Raib ließ etwa 10 Tote und Verwundete und reichliche Beute zurück. Die Bahalla griff am Abend vergeblich das hart verteidigte Haus Jellals an, in dem sich Jellal und Raifus befanden. Wegen des

